auditorium

November 1967

50

C 20825 F



SCHEREREIEN

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

in diesem Heft

Impressum: Ausgabe November 1967 / Verlagsort Hamburg
Verantwortlich: Holger-Jens Kiemen
Allgemeines: Christine Kodersch
Kulturelles: Matthias Abelmann
Gestaltung: Holger Rust
Mitarbeiter dieses Heftes: Jens Litten, Peter Mosler, Reinhold Oberlercher, Frithjof Bendiel, Peter Schütt
Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 66.
Verkaufspreis: –,20 DM.
An Studenten der Universität Hamburg kostenlos. auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Girokonto 60 33.
Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11–15.
Auflage dieser Ausgabe: 10 000
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher übernehmen wir keine Gewähr. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Leserbriefe

audi Nr. 49: J. Litten, Enteignet Springer

Vermutlich ist sich Jens Litten klar, daß die Tendenzen im Pressewesen nur Formen der Meinungs- und Willensbildung spiegeln, die in der „freien Marktwirtschaft“ jedenorts zu finden sind.

Solange man aber die Willensbildung, wie sie im Rahmen der „freien Marktwirtschaft“ sich vollzieht, als geringeres Übel akzeptiert, wäre Jens Littens halbherzigem Rat nicht zu folgen.

Dann sind rechtliche Mittel, wie Wettbewerbs-, Betriebsverfassungs- und Kündigungsschutzgesetzgebung, Alterssicherung u. ä. zur Verselbständigung der Redaktionsstäbe allein angemessen.

Jedenfalls sollte dann die Presse privatwirtschaftlich im Rahmen dieser Schranken fortbestehen.

Das empfiehlt sich schon deshalb, weil die neueren Landespressegesetze der Presse eine öffentliche Aufgabe zuweisen. Und vier von acht Richtern im I. Senat des Bundesverfassungsgerichts, deren Meinung sich auf Grund § 15 II S. 3 BVerfGG durchsetzte, als es um die Spiegelaffäre ging (Urteil vom 5. 8. 66), folgerten aus dieser öffentlichen Aufgabe, daß die Presse auch für „Sicherheit“ und „Staatsinteresse“ einstehe. Gibt man der Presse ein öffentlich-rechtliches Kleid, so würde dieses Argument noch schneller bei der Hand sein, um die Pressefreiheit zu unterlaufen.

Jens Litten übersieht außerdem Art. 21 II GG. Oder wünscht er, Journale wie Parteien dem Verbot im Falle der Verfassungswidrigkeit der Ziele zu unterwerfen?

Daher kann er nur einen roten Oktober wünschen oder die Meinung teilen, daß „Enteignung“ nur ein dunkles Schlagwort im propagierten „Wettbewerb um Aufklärung“ ist.   Helmut Goerlich, stud. jur.

Immatrikulationsfeier: Anstand

. . . wenn aber Mitglieder des Studentenparlaments den einziehenden Professoren, die sich in diesem Moment nicht wehren können, ein Spruchband voraustragen, dessen Aufschrift seinem Wortlaut nach auch auf die Personen gemünzt ist, und wenn der AStA-Vorsitzende im Angesicht der Professoren von der „Greisenuniversität“ spricht, so ist das keine Kritik mehr, sondern einfach flegelhaft . . . , weil zu jeder Art von Mit- oder Selbstverwaltung wohl die Sorge für den Anstand in den eigenen Reihen gehört.

Dr. jur. Manfred Löwisch
wiss. Ass. am Seminar für Arbeitsrecht

audi-intern

maoistisch

Die Redaktion des auditorium hätte es nicht zu glauben gewagt: Die stürmischen Zeiten, die in Sachen Hochschulreform an dieser Universität offenbar ausgebrochen sind, haben eine Nebenwirkung gezeitigt, eine Wirkung, die dem auditorium wieder Lebenskraft gibt.

Alle Appelle und Aufrufe an die Leser des auditorium fruchteten nichts, um sie von ihrem „armchair-reasoning" aufzuscheuchen und sie des Frohsinns der Aktivität teilhaftig werden zu lassen. Die Gründe für dieses wohlige Schnarchen sind nicht unbekannt: Studenten nehmen sich meist qua Studenten solange nicht ganz ernst, solange sie noch nicht der anheimelnden (sprich: autoritären) Atmosphäre des häuslichen Herdes entraten haben. Es existieren dort Widerstände, die es manchem vernünftig erscheinen lassen, sich aus allem „rauszuhalten". Vor allem aber aus jener „studentischen Subkultur", die politisch ist und der wir die Aktivität der letzten Wochen zu danken haben.

Wir sind fündig geworden, will sagen: Wir sind auf Resonanz gestoßen. O Wunder! Die gleichgültige Miene vieler Leser des auditorium hat sich nach der Lektüre des letzten Heftes leicht verzogen. Der Alptraum, der die Arbeit lähmte, der uns verzweifeln ließ, verfliegt; der Todesstoß für jede Redaktion, der an ihren Lesern gelegen ist, ist abgewehrt. Wir haben ein Zeichen vernommen. Es kommt von rechts und beginnt mit „M".

Um es kurz zu machen: „Der Maoismus des auditorium langweilt seine Leser Nummer für Nummer." Auf Grund dieser, gewiß im doppelten Sinn „gezielten", Kritik, ist es uns nun möglich, unsere audi-Leser zu fragen, ob dieser „Anwurf" seine Berechtigung hat. Doch wie die Bestandsaufnahme auch ausfallen mag, eines ist sicher: daß alle, die, denen sonst nichts Besonderes aufgefallen ist, zumindest einen Leserbrief schreiben werden, sei es über den Maoismus des audi, sei es über die „Ehrlichkeit" unserer Ordinarien, sei es über die „Ungenauigkeit" unseres AStA, sei es über Form und Inhalt unseres Protestes.

Herzlichst Ihr
Holger-Jens Riemer

audi-gespräch



„Im Brecht-Museum ach am Schiffbauerdamm Brechts alte böse Frau, läßt keinen an Brecht ran . . ."
Dies schrieb Biermann der von ihm hochverehrten Helene Weigel.

May im November

Gisela May hat solche Schwierigkeiten nicht. Sie darf ran an den Brecht. Der Beifall im audimax signalisierte lukullische Zufriedenheit des Publikums. Das letzte Mal war sie, wie sie nachrechnet, „vor der Mauer" in Hamburg.

Nach dem „Bilbao-Song", den sie selbst als den „unvermeidlichen" ansieht, ist der Durchbruch da, der Erfolg des Abends gesichert.

Immer wieder verrät sie ihr Engagement. Zum Thema „Polizei drischt in eine berechtigte Demonstration" („Zu Potsdam unter den Eichen") sagt sie vorausschikkend: „Eventuelle Ähnlichkeiten mit aktuellen Vorfällen wären rein zufällig." Wirklich?

Der Vortrag endet mit nicht aufhörendem Beifall; erschöpft und mit glänzenden Augen verneigt sie sich. Die Unentwegten ziehen ab. Es kommen die Autogrammjäger. Sie wird bestürmt. „Wann kommen Sie wieder?" „Kommen Sie auf jeden Fall wieder!" oder man beglückwünscht sie einfach. Während sie ein Plakat signiert und sich freut, schön groß schreiben zu können, erläutert sie getrieben von innerer Hektik: „Ja, ja. Ich habe so viele Termine. Sie wissen, ich bin beim Berliner Ensemble. Die lassen mich kaum los." „Zeitlich?" „Ja, was dachten Sie?" Enthusiasten, Autogrammjäger und Kulturmanager bilden die Kulisse. Trotz des Wirbels hält sie Wort und stellt sich dem Interview. „Sie werden nicht weggelassen. Können wir uns aber nicht auf das Prinzip einigen ‚Die May einmal im Jahr; es muß ja nicht im Mai sein'?" Ja, schön wäre das schon; sie sei gerne in Hamburg, obwohl sie eine stille Liebe für Münster kundtut. Aber das hinge von vielen Faktoren ab. „Bedeutet Ihre Anwesenheit eine Milderung des deutschen Kulturwinters. Haben wir noch deutsche Gemeinsamkeiten?" Der Doppelfrage ausweichend antwortet sie: „Der Kiesinger soll heute schon offiziell von der DDR gesprochen haben." „Ja, vielleicht in den Mund genommen. Für eine Anerkennung gibt es ja noch zu viele blockierende Kräfte." „Meinen Sie, daß schon eine gewisse Entkrampfung unterhalb der Anerkennung den ost-west-deutschen Kulturbetrieb beleben könnte? Kontakte klingt immer so offiziell!" Listig antwortet sie: „Ja offiziell wollen wir natürlich anerkannt werden." Sie äußert die Auffassung, daß das allein in der verfahrenen Situation weiterhelfen könnte. Dabei bleibt aber immer das Gefühl, daß die May politisch mehr bei Brecht engagiert ist als bei den verkrampften Professionals des Ost-West-Clinches.

„Hat Sie der Beifall in Hamburg überrascht?" „Nein, ich hatte hier schon immer ein dankbares Publikum." „Womit würden Sie gern das nächste Mal hier erscheinen?" „Mit einem Tucholsky-Abend. Der hat ja sehr viel, was noch aktuell ist." „Oder wieder aktuell ist." Sie lächelt diplomatisch: „Wenn Sie so wollen."

„Brecht und Tucholsky sind dennoch Klassiker. Würden Sie nicht gern einmal einen Abend mit Neuem machen? Etwa mit Texten von DDR-Lyrikern?" Ganz selbstverständlich antwortet sie: „Ja, das würde ich sehr gern machen. Das beschäftigt mich schon lange. Nur ist das schwierig und macht viel Arbeit." „Aber es müßte sich doch machen lassen." Sie erläutert: „Brecht und Tucholsky liegt auf einem sehr hohen Niveau." „Auf das Sie festgelegt sind?" „Nicht festgelegt. Aber in der Qualität anzuschließen ist nicht ganz einfach." „Und Biermann?" Ihr bereitet diese Frage sichtliche Verlegenheit. Ihr Gesicht kann bedeuten: „Muß die Frage sein?" Sie sagt aber nichts. „Meinen Sie, wir könnten Biermann hier begrüßen, wenn es erst einen deutschen Anerkennungsfrühling gibt?" Sehr gedehnt und zurückhaltend bejaht sie die Denkbarkeit dieser Überlegung und wird dann offiziell: „. . . wenn er seine Haltung zu uns revidiert." Ihr Tonfall scheint zu verraten: „Ach bitte, frag' was anderes." Die Feststellung, daß er dazu etwas zu viel durchgemacht hat, beantwortet sie mit melancholischem Schweigen.

Eine bedeutende Künstlerin zieht davon, die man gern nach anderem als dem Winter befragt hätte. Die Zeitläufte sind nun einmal so. Die May soll trotz der deutschen Schizophrenien wiederkommen.

F. Rendtel

OUVERTÜRE

Mit Bach sollte es beginnen, mit Bach schließen. Doch Polizeiunruhen waren der Auftakt, es endete im Tumult. Dazwischen, zur Farce erstarrt, als Farce entlarvt, drei Stunden akademischer Festakt. Der heiße Sommer wurde in den Winter hinübergerettet, die Universität erlebte einen historischen Tag.

> **Unglückliche Liebe**
>
> Nicht an dem Rektor liegt's – Rektoren lieben die Freiheit.
> Aber die Freiheit liebt leider den Rektor nicht. (frei nach Herwegh)

Daß es ein außergewöhnlicher Tag werden sollte, ahnte der Besucher, als er dem Auditorium Maximum zustrebte, vorbei an zahlreichen Mannschaftswagen der Polizei, über den von Polizisten wimmelnden Platz. Manteltaschen wurden kontrolliert, Studenten, die Flugblätter verteilten, verjagt, vielen wurde der Zutritt verweigert, ein Kommilitone zu guter Letzt im Keller des Audimax eingesperrt. Das Universitätsorchester intoniert Festmusik, die Ordinarien in ihren Talaren schreiten herein, empfangen vom Gelächter der Studenten. Ein Spruchband, plötzlich entrollt, artikuliert, was die Mehrheit empfindet: „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren!" Die Festgäste schauen sich betreten um, der Grundton zum großen Spektakel ist angeschlagen. Warum haben wir nicht höflich geschwiegen wie in den Jahren zuvor, als es uns auch schon um die Mundwinkel zuckte? Warum übergingen wir den Tinnef nicht mit nachsichtigem Lächeln? Weil uns nach nachsichtigem Lächeln und höflichem Schweigen nicht zumute war, weil wir im Talar eine Herausforderung erblickten. Hätten wir eine zeitgemäße Universitätsstruktur, wir könnten das Gehabe als Marotte unserer Professoren liebevoll beschmunzeln und denken: „Ja, damals . . ." Wir haben keine zeitgemäße Universitätsstruktur. Uns ist der Talar Symbol der Ordinariendiktatur, Relikt der Ständezeit, Ausdruck akademischer Überheblichkeit. Uns ist der Talar ein Ärgernis!

Die Musik verklingt, das Gelächter hat sich gelegt. Der scheidende Rektor Prof. Schäfer preist die Segnungen der Zwischenprüfungen, verliest Erfolgsmeldungen. Dann stellt er den politisierenden Studenten die Mitglieder des Universitätsorchesters als Beispiel hin. Es lebe das Biedermeier!

> Sage mir, Freund, wann erscheint sie, der Hochschule Prachtausgabe?
> Subskribierten doch schon Generationen darauf.
> Längst ist's doch schon in Druck, nach der vielen Worte Versprechen,
> Aber ich wünschte, die Herren gäben es endlich heraus!
>
> (frei nach Herwegh)

AStA-Vorsitzender Björn Pätzoldt dreht den Spieß um und knallt den Ordinarien und verschreckten Ehrengästen die Mißstände an der Universität der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ohren. Die Ursachen sind zum Teil finanzieller Natur, teils liegen sie an der überalterten Struktur, teils an der Borniertheit vieler Professoren. Pätzoldt ist bei einigen Fakten schlecht oder sogar falsch informiert. So etwas ist bedauerlich, ärgerlich wird es, weil seine Gegner nun leichtes Spiel zu haben glauben. Doch ändern diese Details nichts am Kern seiner Rede. Pätzoldt formulierte das Unbehagen der Studentenschaft, das, zu lange aufgestaut, nun mit Getöse hervorbricht.

Prof. Ehrlicher, Rektor der Professoren, hält seine Festrede. Der Tradition entsprechend hat er ein Thema aus seinem Fachgebiet, der Volkswirtschaft, gewählt. Wohl selten ist ein Auditorium so gelangweilt worden. Mit monotoner Stimme sprach er eine gute Stunde lang an seinen Zuhörern vorbei, die seine Meinung zur Hochschulreform hören wollten, die mit ihm diskutieren wollten. Wir saßen wie auf Kohlen, und bald machten Sprechchöre dem allgemeinen Unwillen Luft. Wir wollten den Rektor hören und nicht einen Professor auf seinem Fachgebiet. Als Ehrlicher endlich zum Ende kam, war auch die Geduld der Gutwilligen erschöpft.

Und unter Bachmusik schreiten die Professoren langsam im Gänsemarsch hinaus. Mit süffisantem Lächeln schauen sie auf die Rebellen, die nach vorn stürmen, um ihren Zorn zu artikulieren.



. . . den Rücken gekehrt? Photo: Conti-Press

Wir haben eine Feierstunde gestört. Wir haben zahlreiche Ehrengäste verschreckt, wir meinen, daß es zur Zeit nichts zu feiern gibt, weil nur durch Unruhe die Öffentlichkeit aufzurütteln ist. Als wir noch brav Papier beschrieben, informierten, Resolutionen faßten, Eingaben machten, krähte kein Hahn nach uns, belächelte man höchstens die jugendlichen Eiferer. Uns geht es um Reform. Da haben wir Form Form sein lassen, und auf einmal berichtet die Presse bis hin zu den Springerblättern ausführlich und vor allem sachlich über unsere Probleme und erkennt die Berechtigung unserer Forderungen an. Mit dieser Unterstützung der Öffentlichkeit und einer verstärkten Bewußtseinsbildung unter den Studenten wollen wir schaffen: den Schritt vom Mittelalter ins 20. Jahrhundert. -nn

Zehn Tage . . . . . . chronologisch

7. November: „Jüngste on-dits wollen wissen: Mehrere Studentengruppen beabsichtigen während der Rektoratsfeier Fragen an Rektor, Dekane und AStA zu stellen. Die Studenten wollen eine öffentliche Diskussion der ungelösten Probleme an dieser Universität. Der AStA wird einer Diskussion nicht ausweichen — wie werden sich die Professoren verhalten?" AStA-Info, Nr. 5

9. November: Die Feier zum Rektoratswechsel wird von massivem studentischem Protest gestört. Studenten fordern, daß man ihre Studienprobleme diskutiert, anstatt akademisches Ritual zu zelebrieren. Nach dem Auszug des Lehrkörpers diskutieren die Studenten, von den Professoren verlassen, ihre Probleme unter sich.

10. November: Echo: „Studenten schokkieren Professoren." Schlagzeile im Hamburger Abendblatt.
„Hamburgs Universität hat eine historische Stunde erlebt." Wandzeitung in der Mensa.

11. November: „Die Forderungen seien, wenn man von der Form absehe, an sich legitim." Bürgermeister Weichmann, „Die Welt" vom 11. 11.

12. November: Vier „Initiatoren" stellen sich in der „Welt am Sonntag" vor und präzisieren die studentischen Forderungen.

13. November: „Eine Teilnahme an dem am kommenden Freitag stattfindenden teach-in hat Rektor Ehrlicher abgesagt ... Immer mehr Studenten fordern eine öffentliche Diskussion mit dem Rektor — er aber schweigt ..." AStA-Info, Nr. 6

14. November: „Als die Hamburger Presse einstimmig die starre und uneinsichtige Haltung Rektor Ehrlichers vor, während und nach der Immatrikulationsfeier kritisiert hatte, entdeckte er urplötzlich seine Gesprächsbereitschaft." AStA-Info, Nr. 6. Rektor Ehrlicher schlägt eine Diskussion für Mittwoch, 20 Uhr, vor. AStA lehnt ab und verweist auf die bestehende Einladung zum teach-in.

15. November: Rektor Ehrlicher gibt eine Pressekonferenz. Er unterscheidet drei Gruppen von Studenten, die bei der „Störaktion" beteiligt gewesen seien. 1. Jene Studenten, die auf den Umsturz unserer Gesellschaft abzielen; 2. jene, die dem „Initiativ-Ausschuß" angehören. Sie hätten eine Aversion gegen das Establishment und jede weitere Autorität; 3. jene, die auf Grund der Studienbedingungen in ihrer latenten Bereitschaft geschickt manipuliert worden seien mitzumachen.

Rektor Ehrlicher teilt ferner mit, daß Prof. Spuler („Ihr gehört alle ins KZ") gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt habe. Am Abend findet die öffentliche Diskussion mit Rektor Ehrlicher, Prof. Borck, Prof. Gäfgen, Prof. Weiss (Diskussionsleiter) statt. Sie verläuft nicht zur Zufriedenheit der Studentenschaft. Man schlägt eine Fortsetzung für Donnerstag vor.

16. November: Um 19.30 Uhr beginnt die 228. Sitzung des Studentenparlaments. Sie wird abgebrochen zugunsten einer Podiumsdiskussion mit Rektor Ehrlicher, den Dekanen Lohff (theol.), Carstensen (phil.), Gollnick (WiSo) sowie den Professoren Schmidhäuser, Roemer, Gäfgen, Walter und Borck seitens der Ordinarien, Otto (Diskussionsleiter), den AStA-Vorsitzenden Pätzoldt und Jankowski, Litten, Albers, Behlmer, Roth und Herms seitens der Studenten. Die Diskussion wird um 21.20 Uhr vom Podium in den Saal ausgedehnt.
Diskussionspunkt: Paritätisch besetzte Kommissionen zu Fragen der Hochschulreform, speziell der Hamburger Studienbedingungen, Empfehlungskompetenz dieser Kommissionen (auf Fakultäts- und Senatsebene) und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse vor Beratung durch die Fakultäten. Die Ausflüchte und Ausweichmanöver der Professoren auf präzise Fragen der Studenten veranlaßten einen Kommilitonen, die Ordinarien nicht als „verhärtete Front", sondern als „Qualle" zu charakterisieren.
Kurz vor 23 Uhr: „Prof. Borck verwechselte das geduldige Insistieren der Studenten mit Unsachlichkeit ..." AStA-Info, Nr. 9. Die Bemerkung, er könne seine Zeit besser nutzen, als im Rahmen solcher Veranstaltungen zu diskutieren, erntet den Zwischenruf: „Seien Sie nicht so arrogant!" Rektor Ehrlicher fordert den Widerruf vom Diskussionsleiter. Als dieses mit dem Hinweis abgelehnt wird, „arrogant" sei die Bezeichnung eines bestimmten Verbal-Verhaltens, stehen Rektor und Dekane wie ein Mann auf und verlassen unter Protest das Audi-max.

17. November: 20.30 Uhr Audi-max, Vollversammlung und teach-in: Kritik der reinen Universität. Es werden Anträge zur Zwischenprüfung, zum numerus clausus und zur Kritischen Universität behandelt, diskutiert, modifiziert und beschlossen. Gegen Ende der Veranstaltung wird dem AStA mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Auf Grund der Maßnahmen des Akademischen Senats, die „studentischen Angelegenheiten" von der Tagesordnung abzusetzen, weil der AStA sich nicht von dem Spruchband „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren" distanziert habe, wird ein Zusatzantrag angenommen: „Die hier versammelten Studenten beschließen, den AStA zur nächsten Sitzung des Akademischen Senats demonstrativ zu begleiten." -ch

WORT-WECHSEL

„Helau!"
Zwischenruf beim Einzug des Lehrkörpers, Rektoratswechsel, 9. Nov. 67.

„Die Universität ist eben nicht ein Teil der politischen Demokratie, sondern eine durch einen staatlichen Hoheitsakt entstandene und mit der Wahrung staatlicher Aufgaben betraute Körperschaft öffentlichen Rechts."
Aus dem Rechenschaftsbericht des scheidenden Rektors, Prof. Schäfer.

„Solche Studenten gibt es auch noch, Gott sei Dank!"
Prof. Schäfer über die Studenten des Universitätsorchesters.

„Wir stoßen hier nicht gegen eine Wand, sondern gegen eine Qualle."
Student bei der Diskussion mit Rektor und Dekanen im Audi-max am 16. 11. 67

„... und dann kam die Erfindung der Dampfmaschine ..."
Rektor Ehrlicher in seinem Festvortrag.

„Wir sind es leid, über die Form zu reden, wenn der Inhalt nach Reform schreit."
Wandzeitung in der Mensa, 10. 11. 67

„Den Studenten ihre Dummheit
Dem Spuler seine Endlösung
Dem Thielicke sein Halleluja
Dem Ehrlicher sein Rektorat"
Flugblatt vom 16. 11. 67; unterschrieben mit „Großmütterchen".

„Die Studenten müssen lernen, sich im Zaum zu halten."
BILD-Zeitung vom 16. 11. 67

„Stürzt die Ordinarien — alle Macht den Instituts- und Studentenräten!"
Motto auf allen SDS-Flugblättern

Abu Yussef oder . . .
in Eurem Bunde der Dritte

Konstellation:

Der Fall: Ein Herr erscheint und gibt sich als Abu Yussef zu erkennen. Er komme vom Innenministerium. Er habe mittels Fragebogen einige Informationen einzuholen. Es handele sich um eine Statistik. Also kein Fall: mögen Sie sagen.

Aber:

1. Der Herr erscheint bei palästinensischen Kommilitonen, die ihren Wohnsitz in dem von Israel besetzten Gaza-Streifen bzw. im ebenfalls besetzten Westjordanien haben.
2. Abu ist arabisch und bedeutet Vater. Yussef ist ebenfalls arabisch und bedeutet Josef. Nach seinem wahren Namen befragt, paßt Vater Josef.
3. Von welchem Innenministerium kommt der werte Herr eigentlich? Ach, vom israelischen!
4. Wie lauten die Fragen zur Statistik?
   - wann, wo und an welchen Waffen haben Sie Ihren Militärdienst absolviert?
   - Wovon bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt in Deutschland? Wie ist Ihre finanzielle Lage?
   - Was halten Sie von der Lage im Nahen Osten?

   und 27 weitere!

Konglomerat:

— Ein Geheimdienst ist am Werk. Der israelische etwa? Oder gar ein arabischer? Das erste liegt nahe, das andere gar nicht so fern.

Naheliegend, weil:

- Israel großes Interesse daran hat zu erfahren, wie sich die palästinensische Befreiungsarmee rekrutiert und ausbildet (daher Fragen nach dem Militärdienst)
- Israel großes Interesse daran hat, sich eine 5. Kolonne zu erpressen (daher Fragen nach der finanziellen Lage)
- Israel großes Interesse daran hat zu erfahren, wie Palästinenser z. B. auf die Errichtung eines Pufferstaates zwischen Israel und Ägypten reagieren würden (daher die Frage nach den Ansichten über die politische Lage)

Gar nicht so fern, weil:

- Ägypten großes Interesse daran hat, gegen Israel Stimmung zu machen (daher der Mann vom israelischen Innenministerium)
- Ägypten großes Interesse daran hat, die Loyalität der im Ausland lebenden Palästinenser zu erforschen (daher getarnte Fragesteller)

Jedoch: Auch die Bundesrepublik Deutschland steckt (vielleicht) einmal mehr mitten drin. Denn woher kennt ein Herr Abu Yussef (neben den Adressen der entsprechenden Kommilitonen in Köln, Marburg, Frankfurt und Hamburg) deren Studienfach (bzw. Beruf bei den befragten Arbeitern) deren Arbeitsplatz im Institut (ein Hamburger Kommilitone wurde an seinem Arbeitsplatz im geologischen Institut aufgesucht; der Direktor wurde nachträglich (immerhin) darüber informiert)?: — doch nicht etwa infolge deutscher „Amtshilfe"? Macht diese „Amtshilfe" auch dann noch nicht halt, wenn in Frankfurt ein Palästinenser bedroht wird: Falls er nicht sein Studium in der Bundesrepublik aufgäbe, würde man seine Verwandten erschießen?

Konsequenz:

In der Bundesrepublik Deutschland erlaubten sich in jüngster Vergangenheit die Geheimdienste zweier befreundeter Staaten (Indonesien und Süd-Korea) (mit Wissen und Duldung deutscher Stellen?) Dinge, die man simpel als Verletzung der Souveränität bezeichnen könnte, die aber in Wahrheit die undemokratische, brutale und gewissenlose Verkörperung faschistoider Substanzen sind. Sollte Israel der Dritte im Bunde sein? (... und folgt dann Griechenland?).

Wenn man nicht einzugreifen wagt, (Israel — Tabu), wenn nicht eindeutig der Tatbestand aufgenommen wird (vielleicht handelt es sich ja auch um arabische Geheimdienste; wäre das nicht etwas, das zum Eingreifen reizt?), muß — zumindest von den hier ansässigen Ausländern — die deutsche Demokratie abgeschrieben werden. Durch wen auch immer derartige Übergriffe erfolgen — eine Demokratie will, darf und kann sie nicht dulden! (Es ist schon mehr als bestürzend, daß sie dafür überhaupt anfällig ist!)

Kontrapunkt:

Ich singe Dich, Demokratie, und der nächste Geheimdienst kommt bestimmt.

Hilkes

„. . . in hohem Maße kreditwürdig"

Peter Münder

Über Jubel-, Trubel- und Kurzzeitperser

Spiegel-Leser Helmut Pagel aus Hamburg formuliert präzise, was der Spiegel in der Persien-Story nur andeutete: „Überflüssig die Krawalle unserer politischen Amok-Läufer; umsonst auch der Tod des Studenten Ohnesorg. Wie leicht hätte der Spiegel durch rechtzeitige Darstellung der Tatsachen unseren ignoranten Weltverbesserern den Spaß verderben können!" Viele der persischen Studenten in der Bundesrepublik sind nach Ansicht des Spiegel nichts anderes als verhinderte Playboys. Sie beziehen ihre Wechsel von Vätern, die nur deswegen gegen den Schah eingestellt sind, weil sie von ihm enteignet wurden. Außerdem studieren sie nicht in Persien, weil sie den hohen akademischen Anforderungen nicht gewachsen sind. Ein Springer-ähnliches Schlagwort bezeichnet diese Kommilitonen schlicht als „Trubel-Perser" — der Spiegel-Leser ist im Bilde. Der Spiegel vermag nicht einzusehen, warum so heftig gegen den Schah protestiert wird. Ist der Schah doch nur an der Arbeit für die eigene Größe interessiert — wie die anderen „neuzeitlichen Despoten" auch — als da sind: „Ägyptens Nasser, Malawis Banda und Frankreichs de Gaulle."

Die vom Spiegel aufgeführten imponierenden Zahlen („In einem einzigen Jahr verkaufte der BMW-Generalvertreter in Teheran 800 Fahrzeuge, . . . das Stück für 19 760 Mark") sollen „das Persien-Bild des Bahman Nirumand" korrigieren. Dazu sind Zahlenangaben allein nicht ausreichend — wieder einmal setzt die Spiegel-Jagd nach biographischen Details ein. Nirumand ist schon als Schüler in die Bundesrepublik gekommen — was nach Meinung des Spiegel Nirumand als Persien-Kritiker disqualifiziert. Das prägnante Stichwort „Kurzzeit-Perser" klärt den kritischen Spiegel-Leser auch in diesem Fall über den wahren Sachverhalt auf. Einige Angaben des Spiegel sollen hier berichtigt werden.

Zum Rückgang der Analphabetenquote: um das Persische schriftlich zu beherrschen, sind 4 Jahre notwendig, so daß 1965/66 nur diejenigen lesen und schreiben gelernt haben können, die seit 1961/62 unterrichtet wurden. Laut Talosch Nr. 2, 1962, wurden 1962 genau 154 194 Perser in die Kunst des Lesens eingeweiht.

Bei Berücksichtigung einer Analphabetenquote von 75 % für das Jahr 1961/62 ergibt sich ein Rückgang dieser Quote um 0,91 % — und nicht um 10 % wie der Spiegel behauptet (ohne jede Quellenangabe). Einige Zahlen über Studienplätze und Durchfallquoten der Aufnahmeprüfungen an persischen Universitäten mögen die Situation der „Trubel-Perser" illustrieren: für 760 bestehende Studienplätze an der Universität Tabriz bewarben sich am 19. Juli dieses Jahres 11 690 Studenten (Kayhan, 19. Juli 1967). Die Zahl der aufgenommenen Studenten läßt sich unschwer erraten. Neben diesen katastrophalen Zuständen sind auch die hohen Universitätsgebühren für die Abwanderung der persischen Studenten an ausländische Universitäten verantwortlich (jährliche Studiengebühren an der Privaten Universität Teheran für Mediziner: DM 2250 (Cf. Kayhan, 1. 8. 1967). Die Tätigkeit des im Ausland agierenden Geheimdienstes SAVAK wird vom Spiegel erwähnt, nicht aber die der in Persien „arbeitenden" 60 000 Geheimpolizisten. Die Nachteile der Arbeit für die eigene Größe scheinen dem Spiegel ohnehin nicht sonderlich ins Gewicht zu fallen. Von Folter und Todesstrafe ist im Spiegel nur in einem Nebensatz die Rede. Nirumands ausführlichen Angaben hierüber wird nicht nachgegangen, dafür erfährt der Spiegel-Leser die genaue Zahl der importierten Glühbirnen, die die Krönung illuminieren. Für dieses freundliche Spiegel-Bild von Persien gibt es denn auch ein Lob aus Minister-Mund: in dem Spiegel-Gespräch mit Minister Wischnewski bedankt sich dieser ausdrücklich

Fortsetzung Seite 8

NEWS & CURIOSA

Die Universität Hamburg wird verkannt! All denen, die sie reaktionär, vermufft und unpolitisch schimpfen, sei dies ins Stammbuch geschrieben: Drum prüfe, wer den Kampf beginnt — erst, ob die Kampfparole stimmt! Allen, die sich angesprochen fühlen, sei geraten, auf die Seite 12 des Hamburger Vorlesungsverzeichnisses für das WS 67/68 zu schauen. Dort steht: „Senatsbeauftragter für hochpolitische Angelegenheiten: Prof. Dr. Rudolf Sieverts."
(Warum gerade der? Anm. d. Red.)

*

Dürfen demnächst auch Professoren den AStA wählen? Eine Gleichstellung von Rektorat und Studentenvertretung bahnt sich an. Prof. Littmann, Ordinarius an der WiSo-Fakultät aus Berlin schritt nach seinem Antrittsbesuch beim Rektor ins Studentenhaus, um sich auch dem AStA-Vorsitzenden förmlich vorzustellen.

*

Demonstrieren tun alle subversiven Elemente, die man nicht daran hindert: Kommunisten, Rowdies, Gammler und Studenten. Ein gesunder Staat kann sie daran hindern. O weh, armes West-Berlin. Der Teufel ist los. Auf dem Hofspaziergang im Gefängnis Moabit zogen plötzlich an die 200 Gefangene Pappschilder aus Pullovern und sonstigen Klamotten hervor: „Enteignet Springer" und „Amis raus aus Vietnam". 2000 (!) Flugblätter flogen aus den Fenstern.

Kein Meuterei-Paragraph und keine Straßenverkehrsordnung ist zuständig. Studenten, Gammler, Rowdies, Kommunisten — und nun auch noch Knastbrüder! Pfui Teufel.

*

Die „Welt der Literatur", 14-Tagesbeilage der „Welt", leidet in diesem Jahr merklich an geistiger Auszehrung. Nun hat der Boykottaufruf der Gruppe 47 ihr den Rest gegeben. Kein Schriftsteller, der auf sich hält, mag mehr mitarbeiten, trotz hoher Honorare. Springer gibt auf! Sein Renommierblatt wird im nächsten Jahr nicht mehr erscheinen. Vorbild für BILD?

*

Eine Gruppe SDS-Mitglieder zog angeheitert über den Campus. Man feierte immerhin die glorreiche Revolution: 50 Jahre Roter Oktober. In der Hand schwenkte einer verstohlen einen Eimer. Wo SDS-ler sind, ist die Polizei nicht weit. Was wollen sie mit dem Eimer? Die Gruppe wird in Polizeigewahrsam genommen — aber ach: im Eimer stecken 10 trockene Pinsel! So ein hinterlistiger SDS! Unter Entschuldigungen darf das Häuflein ins Quartier zurück. — Doch siehe, die Zäune prangen in bunter Bemalung. Wer kennt die Täter?

NEWS & CURIOSA

Fortsetzung von Seite 7

„für die positive Darstellung des Spiegel in bezug auf den Schah und die Verhältnisse in Persien" ... (Spiegel Nr. 46, S. 86).
Was der Minister nicht tat, taten die Enttäuschten: Sie fragten sich, warum bei der Spiegelung die Leser immer so verblendet würden.
Jüngst ergriff das Wort sogar „Eine Stimme aus der Dritten Welt": (Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland, Kursbuch 9, 1967) „Der Spiegel gilt als Inbegriff aller Opposition, der Negativität, des Linksintellektualismus. Liest man ihn, so ist man überrascht. Die Hauptbestandteile: 1. Ironisierung der Art, wie in der letzten Woche in Bonn Politik gemacht wurde; 2. Aufdeckung von Skandalen innerhalb der Regierungs- und Verwaltungsbürokratie; 3. ein Feuilleton, dessen Schreiber ohne Übertreibung überwiegend als Reaktionäre und Ignoranten bezeichnet werden müssen ... Den Erfolg und den Ruf des Spiegel kann man nur verstehen, wenn man seine Sprache erkennt als den genauen Ausdruck der ohnmächtigen Kritik, die, da ihr der intendierte Eingriff verwehrt bleibt, ihr Objekt in Ironie einhüllt. Die Ironie wird dann auch nach der Ästhetisierung zu dem wichtigsten Instrument der Selbstaufhebung der literarischen Kritik in Deutschland."
Längst weiß man, daß die „Stimme" vom Kurzzeit-Perser Dr. Bahman Nirumand erhoben wurde. Sollte die Spiegel-Story „Persien — Krönung auf Öl" etwa ein billiger „Racheakt" Augsteins sein?
Ob es wohl Leser dieser Spiegel-Story gibt, die sich ausmalen, wie vor über 30 Jahren eine ebensolche Spiegelstory über das Hitler-Regime hätte aussehen müssen? Diese Story würde wahrscheinlich beschreiben:
1. die neugebauten Autobahnen; 2. den Rückgang der Arbeitslosenzahl; 3. den Stammbaum von Hitlers „treuem Freund", seinem Hund; 4. die Liebschaft mit Eva Braun; 5. das harte Los der Juden, die einen gelben Stern tragen müssen; 6. das Vorhandensein von „Gerüchten" über die Existenz einiger KZ; 7. Hitlers „Arbeit für die eigene Größe" — selbstverständlich mit dem bewußten ironisierenden Unterton. Das zusammenfassende Prädikat des Spiegel über dieses Regime würde lauten: „In hohem Maße kreditwürdig."

Hamburg mathematisch

Vom Studium der Mathematik wird abgeraten

Dieser düstere Rat der Fachschaft Mathematik-Physik in der Dokumentation über die Zustände in ihrer Fakultät wird (auch) von nahezu allen Dozenten gegeben.

Die Zustände in den mathematischen Instituten haben sich über die inzwischen gewohnten Mißstände an vielen Stellen der Universität hinaus zu einem (wir versteigern das Wort meistbietend) Notstand entwickelt. Deshalb genügt es für uns nicht, die Forderung der Studenten nach einer allgemeinen Universitäts-Reform zu unterstützen, wenn auch nur auf diese Weise ein international anerkannter Ausbildungsstandard für die Zukunft erreicht oder gehalten werden kann. Für uns ist es im Augenblick entscheidend, im Rahmen der jetzigen Universitätsstruktur die studiennotwendigen Voraussetzungen zu bekommen (so, wie sie etwa in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wiss. Hochschulen bis 1970" beschrieben werden). Wir beschränken uns also hier darauf zu zeigen, was fehlt und was getan werden muß, damit dieses Minimum in Hamburg erreicht werden kann. Denn die Mathematik gehört in dieser Stadt — wo sie vor 15 Jahren einen guten Ruf hatte — an die Universität und nicht nach Ohlsdorf.

Das Seminargebäude an der Rothenbaumchaussee Nr. 67/69, von zwei Säulenattrappen getragen, wurde 1877 als Privathaus (miserable sanitäre Anlagen) gebaut. Die Stadt Hamburg kaufte es 1938 und richtete drei Institute ein. Dort sollen 14 Dozenten in 3 Hörsälen mit insgesamt 200 Plätzen 850 Studenten unterrichten. Obwohl die Anfänger-Vorlesungen in Hörsälen anderer Institute gehalten werden, bietet die Nutzfläche des Seminargebäudes den Dozenten und Studenten nur ein Drittel des erforderlichen Raumes. Einer der Professoren hat ein Vorzimmer ... dieser Raum dient zugleich als Präsenzbibliothek eines der Institute. Soweit eine eigene Sekretärin zur Verfügung steht, teilen sich im übrigen Professor und Sekretärin ein Zimmer, in dem z. B. auch Fleißprüfungen abgehalten werden (für die Prüfungsdauer bleibt der Sekretärin der Flur). Die Mehrzahl der Mathematik-Studenten findet ihren Arbeitsplatz in allgemeinen Aufenthaltsräumen anderer Fakultäten. Wir sparen uns Ausrufezeichen.

Der freie Zugang zur Hauptbibliothek des Mathematischen Seminars ist dem Studenten verwehrt; Bücher kann er über ein umständliches Leihverfahren bekommen, wenn sie nicht gerade von Dozenten und Assistenten „verwaltet" werden. Die Bibliothekarin ist überlastet; die Bücherei steht täglich nur viereinhalb Stunden offen. Das gesamte Seminar wird nach Maurer-Manier um 18 Uhr geschlossen.

Exodus

Beklagenswert und für den Lehrbetrieb katastrophal ist ein zunehmender Exodus der Professoren. Während andere Universitäten (auch in der Bundesrepublik) der nach dem Krieg sprunghaft gestiegenen Bedeutung der Mathematik dadurch Rechnung trugen, daß sie die Dozentenzahl erhöhten, erlaubt man sich in Hamburg, die bereits bestehenden Lehrstühle nicht voll zu besetzen. Seit 1959 haben 15 Professoren und Dozenten das math. Institut verlassen. Dafür sind 8 Professoren neu berufen worden, 9 Dozenten haben sich in die-

ser Zeit habilitiert. Von dieser Regression besonders betroffen ist das Institut für Reine Mathematik, wo 7 Lehrkräfte weggingen, ein Professor neu berufen wurde und 3 Dozenten sich habilitierten. Spezialvorlesungen werden deshalb nur noch in beschränktem Umfang gehalten. Anfänger-Vorlesungen, die für die Kurzschuljahr-Abiturienten aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein erforderlich wären, finden in diesem Semester überhaupt nicht statt.

Die beschriebenen Unzulänglichkeiten finden ihren trüben Niederschlag in der verlängerten Studiendauer und der stark verringerten Zahl erfolgreicher Studienabschlüsse:

Durchschnittliche Studiendauer

1960/61:	Staatsexamen:	10,5	Semester
	Diplom:	11,1	„
1965/66:	Staatsexamen:	12,0	Semester
	Diplom:	13,3	„

Erfolgreiche Studienabschlüsse der Anfänger von 1958: 70 %, 1960: 53 %, 1961: 37 %.

Von den 330 Studenten, die im Sommersemester 1967 an Anfängerübungen teilgenommen haben, haben nur 30 % mit Erfolg abgeschlossen.

Diese Fakten, die ausführlicher in der Dokumentation der Fachschaft Mathematik-Physik erläutert werden, führen zu den folgenden Minimalforderungen:

1. Berufung von

- 8 Ordinarien und 3 weiteren Professoren,
- zusätzlichen Wissenschaftlichen Assistenten (insbesondere auch für außerplanmäßige Professoren),
- 8 sonstigen Lehrpersonen (Studienräte im Hochschuldienst) und wissenschaftlichen Hilfskräften (für jede Übung der Anfängervorlesungen werden mindestens 3 Assistenten und 15 wissenschaftl. Hilfskräfte benötigt);

2. Beschleunigter Ausbau bzw. Neubau des Mathematischen Seminars mit fünfzehn studentischen Arbeitsräumen, die teilweise als Bibliothek ausgestaltet sein müßten.

Unsere Forderungen gehen über die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates" hinaus; würden sie erfüllt, so fehlten dennoch z. B. Vorlesungsangebote über Mengenlehre, mathematische Logik und Didaktik der Mathematik. Die Fachschaft jedoch faßt ihre Dokumentation bewußt nur als Sofort-Hilfe-Programm auf. M. W.

audi-forum

Unter der Rubrik ‚audi-forum' wollen wir unseren Lesern Gelegenheit geben, aktuelle Studienprobleme, Kontroversen innerhalb ihrer Fachschaft und ihres Instituts etc. darzulegen. Wir glauben, damit der so notwendigen Diskussion über die Verhältnisse an dieser Universität öffentliche Resonanz zu sichern.

In der „Welt" tat sich was. In einem züchtigen Artikel propagierte der Vorsitzende der Fachschaft Germanistik für die Methodenmuffel der Germanistik die „kritische Veranstaltung" genannte Vortragsreihe „Fundamente". Gleichzeitig unterjubelte er der „Welt" einige Demokratisierungsforderungen von Wissenschaft und Seminar.

Die „Welt" spitzte die Ohren, witterte KU und schrieb in einer unerbetenen Einleitung des Artikels etwas von „universitären Parastrukturen" (was sich so anhören soll wie „parasitäre Unistrukturen").

In diesen Ausführungen waren für den Verwalter einer Assistentenstelle am Literaturwissenschaftlichen Seminar, Johannes Krogoll, „Einleuchtendes, Ungeklärtes und Unklares ... unstatthaft vermischt." Krogoll replizierte am 13. November – natürlich auch in der „Welt". Krogoll meinte:

- er spräche nicht im Auftrage des Seminars,
- er repräsentiere nicht die „etablierte Wissenschaft", denn die gäbe es nicht,
- jeder Mensch habe seine Grenzen und „Nur ein Schelm gibt mehr als er hat" (Frage: Haben unsere Schelme wirklich nicht mehr zu geben als Platitüden?)
- „Die Studentenvertreter werden, indem sie die Engstirnigkeit der geleisteten Forschung zu suggerieren suchen, selbst engstirnig." (Wie verdienstvoll)
- eine unvoreingenommene Beschäftigung mit Literatur gibt zur politisch-sozialen Bewußtseinsbildung nichts her,
- das Fach Germanistik und seine Geschichte stellen keinen Gegenstand zur Reflexion ihrer politischen Konsequenzen dar,
- „Sonst gibt es nichts zu demokratisieren." (sic!)

Der letzte Abschnitt muß ganz zitiert werden: „Die Fachschaft Germanistik hat sich, besonders durch Beratung jüngerer Studierender und durch Mentorenkurse, verdient gemacht. Nichts wäre bedauerlicher, als wenn sie die Fruchtbarkeit ihres Wirkens selbst in Frage stellte. Das tut sie, wenn sie das gemeinsame Vertrauen der Lehrenden und der Lernenden ineinander (!) für einen Spatz auf dem Dache des AStA fahren läßt."

Ei schau, die lieben Fachschaftshäschen! Stellen die Schelme doch die „Fruchtbarkeit ihres Wirkens" (Studienberatung, Vorlesungsreproduktion) selbst in Frage! Na, wenn das nicht nach Kritik riecht! Und das schöne Vertrauen, (das noch nicht einmal vom Verwalter einer Assistentenstelle bis zur Fachschaft reicht!) lassen sie so schnöde fahren dahin ...

Wer läßt hier was fahren, Herr Krogoll? Ihre Argumentation! Dieser Zug ist abgefahren? Wollen Sie tatsächlich noch einsteigen? Mit diesem Billett?

Wie können Sie die Studenten mit dem Spatz auf dem Dache des AStA (ihrer demokratisch gewählten Vertretung) verdächtig machen, der Sie verzweifelt nach der fetten Taube in der Tasche des Ordinariats haschen?

Rainer Hagen, stud. phil.

AStA-Referenten stellen sich vor:

Neo-Aktivisten im Dienste der Studenten

THOMAS WALDE

Pressereferent, Studium: Politische Wissenschaft im 7. Semester, vor dem Studium Bundeswehr (Oberleutnant d. R.) und Ausbildung zum Redakteur, während des Studiums Hospitant beim NDR und beim Bundespresseamt. Alter: 26 Jahre.

Da ich voraussichtlich nur ein Semester lang Pressereferent des AStA sein werde, muß ich mich auf die dringendsten Aufgaben beschränken: die Herausgabe eines mindestens wöchentlich erscheinenden lesbaren AStA-Infos, die Redaktion eines etwa vierzehntäglich erscheinenden AStA-Presse-Infos, die Planung einer zweimal monatlich erscheinenden Studentenzeitung, die in Konzeption und Aufmachung der „Bochumer Studentenzeitung" gleichen und die Informationslücke zwischen AStA-Info und „auditorium" füllen soll, schließlich die Planung eines in Verbindung mit dem NDR zu konzipierenden Hochschulfunks.

Dies sind die naheliegenden Ziele, auf die ich — mich stets bemühend — zustrebe; im täglichen Pressegeschäft bemühe ich mich vor allem, an der Pflege des Image der Studentenschaft mitzuwirken, dabei nach dem Prinzip „trouble is my business" verfahrend.

CLAUS HOLLMANN

Sportreferent seit Oktober, stud. jur., im 3. Semester. Alter: 22 Jahre.

Das Sportreferat sieht seine Aufgabe darin, nicht den Interessen des Instituts für Leibesübungen (IfL) entgegenzuarbeiten, sondern in gemeinsamer Arbeit eine fruchtbare Lösung der anfallenden Probleme zu erzielen. Darüber hinaus will es in allen Fällen, wo die Mittel und die Möglichkeiten des IfL beschränkt sind, ergänzend eingreifen, insbesondere auf dem Gebiet des Breitensports in den sogenannten Lifesportarten (Tennis, Fußball, Basketball) und in Wohnheimvergleichskämpfen.

Das Sportreferat will die Bemühungen des AStA unterstützen, die Ostkontakte zu intensivieren, nicht zuletzt deshalb, weil sportliche Wettkämpfe oft die einzigen Mittel sind, zu Hochschulen in der DDR Kontakte zu bekommen.

RUDOLF ZIESING

Finanzreferent, stud. jur. im 4. Sem., hat das Finanzreferat im Oktober übernommen. Alter: 25 Jahre.

Das Programm und die Aufgaben des Finanzreferats werden weitgehend von den Grundsätzen der ordentlichen Buchführung und dem Haushaltsplan bestimmt. Jeder Student zahlt mit seinen Semestergebühren einen AStA- und Sportbeitrag. Dieses Geld wird vom Finanzreferat verwaltet und bildet die Grundlage für den Haushalt. Der AStA stellt dafür einen Haushaltsplan auf, der vom Studentenparlament beschlossen und vom Vermögensrat genehmigt werden muß. Das Volumen des Haushaltes für das WS 67/68 beträgt 178 700 DM, wobei auf Aktivitäten des AStA, der Fachschaften und des Parlamentes sowie den Sport als die wichtigsten Posten insgesamt 89 145 DM entfallen. Die Einhaltung des Planes wird vom Finanzreferat überwacht.

Daneben obliegt dem Finanzreferat die Verwaltung kleiner Wirtschaftsbetriebe, nämlich eines AStA-eigenen Busses, eines Hauses für Studentenehepaare in Nienstedten und einer Flugblattdruckerei, die im SS 67 mit über einer halben Million Blatt die Informationstätigkeit unterstützte. Schließlich gehören die Durchführung des Zahlungsverkehrs für AStA und Fachschaften, die Abschlußarbeiten am Ende eines jeden Semesters und die Organisation und Abrechnung des Sommerfestes zu den Aufgaben dieses Referates.

JÜRGEN BRUHN

Sozialreferent seit Oktober, stud. phil., 7. Semester Pädagogik und Psychologie, Alter: 25 Jahre.

Ins Aufgabengebiet des Sozialreferenten fallen alle jene Aktivitäten, die Ihnen, den Studenten, das Leben mit der Universität erleichtern sollen. So sehe ich auch den Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Sozialreferent in einer intensiven Publikumsberatung. Das bedeutet für Sie, daß Sie sich besonders über Stipendien-, Krankenversicherungs-, Wohnungs- und Wohnheimangelegenheiten informieren können und sollen, daß Sie aber auch für jegliche Probleme, die Ihre soziale Situation betreffen oder mit dem allgemeinen Universitätsbetrieb zusammenhängen, ein offenes Ohr finden werden.

In diesem Sinne ist auch meine weitere Arbeit geplant: Es gilt darauf hinzuwirken, daß Ihre Probleme richtig erkannt, Härten und allgemeine Mißstände beseitigt und bessere Lösungen für die Zukunft gefunden werden.

Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension

Reinhold d. J. Oberlercher

Grenzfällen ist ein Bericht des zuständigen [illegible] des Rassenpolitischen Amtes der [illegible] Schülers und seiner Sippe einzu[illegible]

Hans Wenke, in: Die Erziehung [illegible]

[illegible] Ernstes war geplant, Wenkes Vor[illegible]

„Kultur- und bildungspolitische Probleme [illegible] kritisch und somit auch kritikwürdig wäre, stellt Wenke gar nicht [illegible] ben ist nicht Kritik, sondern Deskription [illegible]

Wenkes Darlegungen könnte man in po[illegible] hieß. Im Mittelpunkt steht: Problemchen [illegible] denn er ist deren Inkarnation.

Allerdings: Wenke ist kein „Grenzfall" [illegible] KZ-Erbauer, Renegaten und Alt-Nazis die [illegible] dem seine Hörer nicht monologisierende [illegible]

Was treibt junge Leute dazu, anderthalb Stunden schulbürokratisches Räsonnement über sich ergehen zu lassen? Ist es die ausführliche Paraphrasierung der Frage nach der rechten Gehaltsgruppe, oder die frisch von der Massenpsyche kommende Feststellung, daß man wieder einmal sehe, „wie das Gute und das Schlechte immer so beieinanderliegt"? Oder füllen Wenkes flüssiger Vortragsstil ihm den Hörsaal, die Witzchen und Anekdötchen aus dem lustigen Schulalltag, mit denen [illegible]

Den Trick, wie professorale [illegible] mit ihren aus der Zeit vor Gutenberg geretteten Kolleggespenstern noch heute junge Menschen erschrecken und zum schweigsamen Zuhören bringen, beherrscht Wenke gut. Hat der dahinplätschernde Redefluß seine [illegible] Wirkung getan, ruft Wenke etwa emphatisch aus: „Ja, gibt es denn da überhaupt keine Richtlinien?" — Allgemeines Aufschrecken der Schlummernden; der Faden des Gedankenganges, der überhaupt nicht vorhanden war, wird durch eigene Unaufmerksamkeit verloren geglaubt. — Resultat: Das schlechte Gewissen bringt die Hörer zu dem törichten Entschluß, das nächste Mal besser aufzupassen. De[illegible] wird ständig vergrößert, weil jede Anstrengung des wie immer auch fachidiotisch beschränkten Begriffes Schritt für Schritt abgebaut und durch Schall und Rauch, durch bloß rhetorischen Gestus ersetzt wird.

Wenke im Seminar: „Und jetzt schreiben Sie mal auf, was ich mir so ausgedacht habe." „Bei jedem dieser Probleme, ich kenne nicht eines, wo es nicht pro und kontra gibt." „Das nächste Thema ist in aller Munde, da gibt es sehr verschiedene Meinungen." „Das ist richtig, das ist falsch, da will ich gern auch einige Meinungen von Ihnen hören." „Meinungen werden hier nicht zensiert, nur Argumente." „Ist es so, oder haben Sie es anders empfunden?"

Diese kleine Blütenlese [illegible] mit dem Zerfall des einzelwissenschaftlichen Idealismus den von bourgeoiser Wissenschaft überhaupt. Die angebliche Verwissenschaftlichung aller sozialen Bereiche tut vornehmlich sich kund in der Privatisierung der einst auf Öffentlichkeit und allseitige Kommunikation angewiesenen Wissenschaft selbst. Die Differenz von Fach- und Privatidiotismus verschwimmt der bürgerlichen Gelehrsamkeit so, wie Produktions- und Zirkulationssphäre tendenziell sich einebnen. Der idealistische Gedanke — seit je das Versprechen von Wahrheit — regrediert zur empfindsamen, libidinös besetzten Meinung, die ein Funktionär der Herrschaft sich „so ausgedacht" hat.

Das begriffslose „Pro & Contra", die Beliebigkeit der Meinungen verlangt nach dem autoritativen Wort ex cathedra, das keine Widerrede duldet. Daß Studenten bloß anders empfinden, nicht anders denken können, unterstellt Wenke mit der gleichen Unverschämtheit, mit der er sich anmaßt, Argumente zu zensieren. Der Gedanke, der wo er Element der Theorie sein will, stets Liquidation der Meinung ist („buchstäblich der herrschenden" Adorno), wird als persönliche Meinung verleumdet.

Bleibt zu konstatieren die totale Verschulung des Wenkeschen Hauptseminars: seine perfekte Technik, kritische Äußerungen zu ignorieren, im Keim zu ersticken oder lächerlich zu machen. Die Diskussion ist zum infantilen Frage-und-Antwort[illegible] geschrumpft. Jede Frage, die Wenke stellt, lügt bereits, denn er will immer nur das wissen, was er schon weiß. Darauf angesprochen, gibt Wenke die Verschulung seines Hauptseminars zu, behauptet jedoch, in seinem Doktorandenseminar herrsche bei 10 Teilnehmern ein freier und sachlicher Arbeitsstil. Eine empirische Überprüfung dieser Behauptung lehnte er rundweg ab und verlangte, ihm zu glauben.

Angesichts des ritualisierten Vorurteils, des zum System sozialer Institutionen verfestigten Totalidiotismus, muß Vernunft, so sie überhaupt noch etwas ausrichten will, ihrer geschichtlichen Dimension sich erinnern und zur revolutionären Gewalt greifen. Akademische Zumutungen vom Schlage Wenkescher Vorlesungen sind nur dadurch zu kritisieren, daß man sie sprengt.

[illegible] „sprengt" [illegible]

Der Begriff des Pluralismus geht uns heute allzu geläufig über die Lippen. In politischen Diskussionen ist er zum Schlagwort verkommen. „Pluralismus" ist symptomatisch für das Selbstverständnis bundesdeutscher Demokratie. Den theoretischen Ursprüngen dieses Begriffs nachzugehen, seinen Gehalt ideologiekritisch zu durchleuchten und die Rolle der oppositionellen Studentenschaft als politischen Faktor im „pluralistischen System" zu bestimmen ist Ziel dieses Artikels. Er dient damit der notwendigen Vermittlung von politischem Bewußtsein, das zur Praxis drängt, und politischer Wirklichkeit, die diese Rationalität scheut.

Jens Litten

Formierter Plural

– Zur Kritik einer Kategorie spätbürgerlicher Demokratie –

Politiker aller Couleur westlicher Demokratien meinen, die Wirklichkeit ihres Staatswesens zu treffen, wenn sie beifallheischend in die Runde blicken und „pluralistisch" sagen.

Es ist an der Zeit, endlich den Begriff des Pluralismus an der Sache zu messen, auf die er verweisen soll, den Begriff und seine [illegible] verschwiegenen — Implikationen zu konfrontieren mit jener Wirklichkeit, die zu Unrecht ihres pluralen Charakters versichert wird, die ideologischen Bestandteile des Begriffs aufzuweisen, in denen er der Sache nicht entspricht und darüber hinaus eine der Theorie immanente Dialektik zu entfalten, eine Dialektik von Liberalität und Repression, die sich herstellt, wenn zwar der Kompromiß als Prinzip politische Entscheidungen gleichzeitig über bestimmten Minoritäten und nicht etablierten Gruppen ohne [illegible] verweigert wird, an diesem Kompromiß sich zu beteiligen. Damit soll dann die Frage eine Antwort finden, inwieweit die ideologische Verformung des Pluralismus und dessen Beziehung zur Demokratie einen Prozeß der Emanzipation von Herrschaft freilegt.

Die pluralistische Demokratie als Variante der repräsentativen scheint das Erbe des Liberalismus angetreten zu haben. Doch auch sie macht keine Anstalten, eine Lösung der überalten Widersprüche anzubieten.

„… die Idee der Demokratie zu [illegible]"

Diese Unfähigkeit markiert die Schwäche, die trügerische Balance von pluralistischer Demokratie, die zur Zeit offenbar nur durch autoritäre Maßnahmen gestützt zu werden vermag. Schlimmer noch: pluralistische Züge garantieren keine Demokratie. Sogar ein totalitärer Staat kann pluralistische Formen herzeigen, wie H. Pross nachgewiesen hat. (2) Und schließlich vermag eine pluralistische Demokratie sehr wohl unter Bedingungen einer antagonistischen Gesellschaft leidlich zu funktionieren. Aber „Sicherheiten gegen ihre Rückbildung in ein autoritäres System" auszubilden, das vermag sie nicht, geschweige denn „weiteren Fortschritt im Sinne einer Ausweitung individueller Freiheit … zu garantieren." (3) Diese Gefahr wird auch nicht dadurch behoben, daß die Entpolitisierung des Bürgers den Klassenkonflikt außer Anwendung gesetzt hat, — solange dieser in Geltung bleibt. (4)

Zusammen mit dem Rückzug des Bürgers aus der politischen in die verinnerlichte Sphäre geht ein Prozeß einher, der eben diese öffentliche und private Sphäre immer mehr vermischt: ein Sozialisierungsprozeß.

Der liberale Rechtsstaat wandelt sich zum distributiven Sozialstaat. Nicht mehr soll nun der Staat für den Ausgleich der divergierenden Interessen sorgen, sondern einzig soll er die Bedingungen garantieren, unter denen eine Kompromißlösung gefunden werden kann.

Legitime Interessen?

Dadurch sind die Weichen gestellt von der atomistischen Tauschgesellschaft zum durchorganisierten Kapitalismus einer

[illegible] Herrschaftsgruppen [illegible] direkter oder indirekter Einfluß [illegible] Parlament und Verwaltung [illegible] (5)

Im Spannungsfeld dieses Wandels verhilft die Theorie des Pluralismus entweder zur „Schiedsrichter-Theorie" oder zur „Parallelogramm-Theorie" [illegible] Ernst Fraenkel. Sein Konzept beruht auf der simplen Vorstellung, daß der Staatswille die „Resultante des Parallelogramms miteinander ringender Kräfte" (6) darstelle. Abgesehen davon, daß solche geometrische Figur gleich starke Gruppen voraussetzt, bleibt völlig unbeachtet, ob die Existenz bestimmter Interessenverbände überhaupt legitim ist und warum gerade diese und nicht andere Interessen sich durchsetzen.

Wenn staatliche Instanzen — nicht notwendig unmittelbar — in den Bereich der

als autonom ausgeschilderten Beziehungen von Interessen eingreifen, sobald das selbstregulative Marktsystem versagt, wird die These vom freien Spiel der Kräfte schon im Ansatz dubios. Wenn willkürlich jeder Verband im Schutze des „Naturrechts" Interessenrepräsentation für sich beanspruchen kann, sofern er sich nur zu behaupten weiß, entbehrt das System vollends jeder rationalen Kontrolle.

Die Folgen verdeutlichen z. B. die bundesdeutschen Vertriebenenverbände: Ihre Existenz war legitim, solange die heimatvertriebenen Deutschen in der Bundesrepublik noch nicht gänzlich sozial integriert waren, sie scheinen aber jetzt, völlig überflüssig geworden, immer noch imstande zu sein, eine vernünftige Ostpolitik der Bundesregierung wenn nicht zu vereiteln, so doch zu behindern.

Dazu ist es höchst unsicher, ob überhaupt die Losungen der Verbandsspitze noch den Mehrheitswillen der Mitgliederschaft repräsentieren, denn die oligarchische Struktur in den Führungspositionen von Verbänden wie Parteien begünstigt eine Verselbständigung der Führung.

„. . . die Organisation, der der Schwache seine Freiheit verdankt, ist zugleich eine Bedingung seiner Unfreiheit." (7)

Zeichen einer solchen Ablösung der Führung von der als Fußvolk diffamierten Mitgliederschaft war in jüngster Zeit die heftige Diskussion, die in der SPD um die Große Koalition geführt wurde. Nur straffe Parteidisziplin vermied die innere Krise. Nicht nur das Volk wird in den Händen der Partei zum Mittel, sondern auch die Partei in den Händen der Verbandsspitze.

Leistungsgemeinschaft. . . .

Die „pluralistische" oder „offene" Gesellschaft ist somit nichts weniger als pluralistisch, und was ihre Offenheit anbetrifft, so gilt diese nur intern. Eine Gruppe muß sich durchgesetzt haben, um anerkannt zu werden; nur eine etablierte Gruppe wird folglich akzeptiert.

„So begünstigt die Anwendung der Theorie des Pluralismus stets die bestehenden Gruppen gegenüber den sich herausbildenden." (8)

Da als legitime nur die etablierten Gruppen gelten, führt der Pluralismus zur Zementierung einmal gebildeter Interessenkonstellationen.

Die „Parallelogramm-Theorie" erweist sich als ideologisch. Aber auch die andere Spielart, die dem Staat die Aufgabe eines Schiedsrichters zumißt, führt dazu, daß die Regierung

„systematisch die Interessen der stärkeren gegen die schwächere Partei begünstigt, und dazu tendiert, die Macht derer zu befestigen, die sie schon innehaben." (9)

An diesem Punkt geht die „pluralistische" oder „offene" in die „formierte" Gesellschaft über. Denn diese begünstigen, was



Studentenkarikatur in Bild

die Formierer betreiben: die stromlinienförmige Ausrichtung der Gesellschaft auf eine „Leistungsgemeinschaft"!

Werden die herrschenden Kräfte unterstützt und privilegiert, so kann die soziale Ungerechtigkeit rationalisiert werden, indem man sich auf das Gemeinwohl beruft — das die herrschenden Kräfte jeweils vertreten. Wird politische Opposition als Staatsgefährdung wirksam diffamiert, hat sich das System hermetisch geschlossen.

. . . von Lehrenden und Lernenden

Die Brüchigkeit und der unverhohlen repressive Charakter des pluralistischen Systems läßt sich gerade am Beispiel der oppositionellen Studenten demonstrieren.

Zwei Momente stempeln die Studentenschaft — besonders die politisch engagierte — zur Randgruppe:

Einmal kann sie nicht als „befestigte" Gruppe gelten: sie hat nicht den Zuschnitt und die soziale Basis einer „pressure group"; nicht einmal dem eigenen Selbstverständnis nach. An der Reflexion auf die eigene Basis hindert die noch heute verbreitete Ideologie der „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden", die unterbindet, daß eigene Interessenstandpunkte gegen Professoren und Öffentlichkeit artikuliert werden.

Auch wird die Studienzeit durchweg als ein Durchgangsstadium betrachtet, das zur Vorbereitung auf die endgültige Integration in das System der gesellschaftlichen Reproduktion dient. Konfrontiert mit einer Öffentlichkeit, die Studenten als lästige Parasiten einer „schwerarbeitenden Leistungsgemeinschaft" verdächtigt, ist von vornherein über das Schicksal der Studentenschaft als Randgruppe entschieden. Dieses Verhältnis zur Gesellschaft schlägt meist jäh um mit der Graduierung des maturierten Akademikers. Doch anscheinend wird dieser Rollenwechsel kaum reflektiert; die Identifikation mit der erfreulichen neuen Rolle verdrängt nur zu leicht das Bewußtsein der mit der alten verbundenen Entbehrungen. Fortsetzung Seite 14

Anm. d. Red.: Dieser Artikel ging hervor aus einem Referat des Autors „Begriff und Ideologie des Pluralismus". Es ist redaktionell gekürzt und umgeschrieben worden.

HINTS FOR DISCUSSION

Die so wichtige Information und Orientierung über die drängenden Probleme der Hochschulreform für die Studenten gibt: Wolfgang Nitsch: Hochschule. Soziologische Materialien, erschienen im Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg.

*

„Springer enteignen?" ist der Titel einer 56 Seiten starken Broschüre, die der Pressearbeitskreis des Republikanischen Clubs Berlin vorgelegt hat. Einem Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Pressewesens ist eine ausführliche Dokumentation über die Praktiken des Springer-Konzerns vorangestellt. In einem zweiten Teil werden Überlegungen darüber angestellt, wie die zunehmende Pressekonzentration gesteuert werden könnte. Die Broschüre ist erhältlich für DM 1 zuzüglich Porto über den RC, 1 Bln. 15, Wielandstr. 27.

*

Der AStA der Universität Hamburg hat zwei Schriften herstellen lassen, eine zur „Demokratisierung der Universität" von Detlef Albers (AStA-Dokumente 6/67) und eine zu „Sachkompetenz und Amtsautorität: Bemerkungen zu den Aporien der Wissenschafts-Organisation" von Jens Litten (AStA-Dokumente 7/67). Beide sind kostenlos beim AStA zu erhalten.

Fortsetzung von Seite 13

Der Tatsache, Randgruppe zu sein, wird die Studentenschaft sich aber bewußt



Studentenkarikatur in der BZ

vor allem dann, wenn sie die Spielregeln der Kommunikation verletzt, d. h. Tabus ankratzt. Dann wird die Minorität „radikal": Als „radikal" darf nahezu jede Abweichung von Normen gelten, sofern diese Abweichung von nicht-etablierten Gruppen demonstriert wird. In solchen Situationen kehren sich die Sanktions-Mechanismen mit doppelter Wucht gegen die Gruppe, die wagt, das Gleichgewicht zu stören. Der Zwang, die eigene Einstellung zu überdenken, führt zu Unlust, die in Aggressionshandlungen gegen den angenommenen Gegner sich kehrt.

Die Uneinnigkeit und Unmäßigkeit solcher Empörung legt ihren Ursprung bloß: sie sind Ausfluß eines inneren Widerspruchs des Pluralismus, der im System nicht ausgetragen zu werden vermag: die pluralistische Toleranz schlägt um in Repression, der Pluralismus als gesellschaftliches Prinzip wird zur Farce in dem Maße, wie er sich selbst notwendig verleugnet.

(1) Jürgen Habermas: Student und Politik, et al. Neuwied-Berlin 1961, p. 27
(2) Helge Pross: Pluralismus, in: Zeugnisse (Hg. M. Horkheimer) Festschrift f. Th. W. Adorno, Ffm 1963
(3) dies. a.a.O., p. 445
(4) J. Habermas, a.a.O., p. 33 f
(5) H. Pross, a.a.O., p. 443
(6) Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, Sttg. 1964, p. 45
(7) H. Pross, a.a.O., p. 448 f
(8) Robert Paul Wolff: Jenseits der Toleranz, in: Kritik der reinen Toleranz, Ffm 1966, p. 47
(9) ders. a.a.O., p. 53

Peter Schütt

KapUttgefeiert

Roland H. Wiegenstein, WDR-Kommentator, begrüßte in seiner Wochenschlußbetrachtung vom 4. November die Aktivität der Berliner KU: Endlich sei Westberlins politische Enge durchbrochen, die Stadt wieder Hort der Freiheit, Schaufenster des Westens und sofort. Kaum minder begeistert äußerten sich der Westberliner Senat und sonst gar nicht fortschrittliche FU-Professoren, die vierzehn Tage vorher der KU als einer SDS-Kaderschule noch die Hörsäle sperren wollten.

Und der Hamburger Stellvertreter Gottes in der Universität, seine Großherzigkeit Helmut Thielicke, der noch am 21. Oktober auf einer ESG-Tagung in Horn, d'accord mit anwesenden Burschenschaften, vermutet hatte, die Universität sei ihrem Wesen nach aristokratisch und ganz und gar nicht zu demokratisieren, lud ein paar Tage später KU- und AStA-Mitarbeiter zu sich, fand sie ungemein nett und bescherte prompt der Hamburger KU zum Reformationsfest, an dem sich linke Studenten ursprünglich seine Michel-Predigt anhören wollten, ein überschäumendes Lob, das nun der KU allerdings mehr schadete als ein Dutzend Hausverbote.

Seine Eminenz, wegen eines angekündigten Vortrags über Seine Eminenz offenbar um den Ruf seiner Heiligkeit besorgt, schlug sich demütig an die Brust „um meinerseits unbefangen zu hören und gewisse niedrige Instinkte, die vielleicht auch in mir wirksam würden, nicht zum Zuge kommen zu lassen", und breitete segnend seine Hände über die verlorenen Söhne, die ausgezogen wären, die Hochschule zu demokratisieren; er verzieh ihnen „gewisse konformistische Tendenzen" und das „DIN-Format des Üblichen … sectiererischer und überzüchteter Soziologensprache", ja selbst über „gewisse Typen, deren Physiognomie von sekundären Geschlechtsmerkmalen überwuchert oder die in Bürgerschrecktextilien gehüllt sind", sah er wohlwollend hinweg und rühmte unverdrossen eine Initiative, die sich von studentischer Seite, also auch einmal von unten, darum bemühe, die „von allen erstrebte Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden" zu erneuern. Da ließ der Berater und Mitarbeiter von Springers „Elixier" endlich den korpagastlich drapierten Teufel aus dem Sack. Lenin nannte diese Taktik „durch Umarmung ersticken", Thielicke nennt es „Frontbildungen verhindern", will sagen: Konflikte verschleiern, Widersprüche leugnen.

In Thielickes liebender Umarmung, der sich bald die gesamte Springer-Presse anschloß, mußte der hiesigen, ohnehin etwas schmalbrüstigen KU bei ihrem Start allerdings die Luft wegbleiben. Und manchem blieb schließlich die Spucke weg, als nach der von Rupprecht Großmann als Kritik angekündigten Laudatio auf Rudolf Sieverts der kritisch Gefeierte selbst aufs Podium stieg und sich warmherzig beim Referenten bedankte. Und es hagelte es Beifallssalven von allen Seiten, am meisten aber von der falschen Seite. So wie es den Herrschenden in den fünfziger Jahren gelungen ist, jeden gesellschaftskritischen Ansatz des deutschen Kabaretts durch gezielte Beifallsstürme kaputtzufeiern, feuerte die akademische wie politische Reaktion mit donnerndem Applaus die KU-Ansätze in Berlin, Hamburg, Münster, München und Frankfurt fast k. o.

Sogar das „Handelsblatt" rühmte „die Bereitschaft zur beunruhigenden Fragestellung" und das „Hamburger Abendblatt" legte dem Hochschulreferenten den liebenswürdigen Satz in den Mund, es gehe keineswegs „um Kritik um der Kritik wegen"; der „Spiegel" fand heraus, daß statt Marx, Mao und Marcuse der Reformgeist von Dahrendorf, Schelsky und Weizsäcker der KU ihren Odem einblase und zitierte Lobeshymnen von Flechtheim bis Schelsky.

Selbst die Universitätsbürokratie ließ sich zu hoffentlich unbedachten Schritten hinreißen: ungefragt übernahm sie sämtliche KU-Veranstaltungen in das offizielle politische Bildungsprogramm.

Die KU wurde allenthalben auf Samthandschuhen nach einem liturgischen Zeremoniell der Beschwichtigung in das Allerheiligste der abendländischen Akademien getragen; — hoffentlich platzt die Bombe an Ort und Stelle.

REZENSIONEN

Kai Hermann: Die Revolte der Studenten. Christian Wegner Verlag in der Reihe der ZEIT-Bücher. 122 S., DM 7,80.

Regelmäßige ZEIT-Leser kennen die Ereignisse bereits; in der ergänzten Buchzusammenfassung vermitteln sie recht anschaulich die turbulenten Ereignisse aus der Sicht eines sich skeptisch wundernden Reporters.
Er schlägt sich nicht unbedingt auf die Seite der Rebellen, was ihm diese auch verübeln werden. Gewiß, über das Detail der Betrachtung wird man streiten müssen. Insgesamt aber ist diese Berichterstattung die reine Wohltat gegenüber der überwiegend verlotterten Konzernjournaille. Kommilitonen und Studentenhasser mögen sich das Buch ansehen, wenigstens Verständnis sollte man danach erwarten können.
Weitaus interessanter ist der zweite Teil des Buches. Ob in Tokio, Berkeley oder Berlin: Die Parallelität der Vorgänge ist erstaunlich.
Es ist Kai Hermanns stille Befürchtung, daß noch nie trotz Nachhilfe die machtausübende Herrschaftsschicht schnell und ohne Totalschaden verrottet ist. Besonders verwundert Kai Hermann die Quasireligiosität der Marcusisten und ihre Programmlosigkeit kennzeichnet er als Fehler. Die Unruhen böten Chancen und Gefahren. Das ist sehr weise gesagt, signalisiert aber zugleich die Hauptschwäche des Buches: Über die sozialpsychologische Situation der Studenten wird nur sehr pauschal Richtiges gesagt.
So mag es nicht mehr verwundern, wenn Kai Hermann, die gesellschaftspolitischen Aspekte überschätzend, glauben machen will, die ganze Universitätsreform sei mit den alten Machtmitteln lösbar, man müsse nur mehr amtliche Phantasie in der Querkopfbehandlung aufbringen. -fr

Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit. Studienausgabe DM 28. Luchterhand Verlag.

Kofler strebt eine Geschichtsschreibung an, die „nicht alle Ergebnisse der bisherigen Tatsachenforschung von neuem durch einen Rückgang auf die Quellen" (p. 14) überprüft, sondern, von den bisherigen Spezialuntersuchungen ausgehend, zu einer „verstehenden Interpretation" des geschichtlichen Ablaufs vorstößt.
Dieser Aspekt, von der herrschenden Geschichtswissenschaft nur zu häufig vernachlässigt, ja ignoriert, und der Umstand, daß Kofler zuweilen naiv orthodox sein marxistisches Konzept auf den historischen Stoff projiziert, mögen die Gründe sein, warum er in der Diskussion über die Möglichkeit einer Theorie der Geschichte unbeachtet blieb.
Kofler übt Kritik an dem „naturalistisch-oberflächlichen Empirismus" und der „typischen Problemblindheit" der Historiker. Er setzt dem entgegen, als Marxist auf seiten Hegels und dessen dialektischer Methode stehend, daß die Gegenwart die entwickelte Form der Vergangenheit sei. Deshalb sei sie besser zu verstehen mit Kategorien der Gegenwart wie z. B. des Begriffs der „sozialen Klasse", mag dieser selbst auch dem Mittelalter nicht zugehörig scheinen. Kofler macht also mit der Einsicht, daß geschichtliche Betrachtung stets aus einem bestimmten Horizont geschieht, so radikal Ernst, daß er die Verhältnisse, die diesen Horizont ausmachen, als die wahrere Form gegenüber denen der Vergangenheit begreifen kann. Dem Wort Rankes, das eigene Selbst möglichst auszuschalten, um die historische Individualität desto unmittelbarer zu erfahren, steht das Walter Benjamins entgegen: Der historische Materialist „betrachtet es als seine Aufgabe, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten."

-mer

Parlamentarismus. Hrsg. Kurt Kluxen. NWB Bd. 18. DM 22,80. Kiepenheuer & Witsch.
Die Entstehung des modernen souveränen Staates. Hrsg. Hanns Hubert Hofmann. NWB Bd. 17. DM 22,80. Kiepenheuer & Witsch.
Pädagogische Psychologie. Hrsg. Franz Weinert. NWB Bd. 18. DM 22,80. Kiepenheuer & Witsch.

Die Konzeption der „Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek", von Studenten auch als „Gelbe Reihe" bezeichnet, geht dahin, nach Art des amerikanischen Readers wissenschaftliche Originalliteratur zu bestimmten Fachgebieten und Hauptthemen verschiedener Disziplinen zusammenzufassen, die sonst nur schwer erreichbar in Fachzeitschriften, Sammelwerken oder Monographien mühsam aufgesucht werden müßte. Allerdings wird nicht immer ganz deutlich, nach welchen Maßstäben die Beiträge ausgewählt werden. Jene Bände, die die Grundlagen und Voraussetzungen wissenschaftstheoretisch oder methodologisch behandeln, sollten die sachbezogenen Bände in ihrer inhaltlichen Linie bestimmen, sofern sich aus neueren Diskussionen ein veränderter Wissenschaftsbegriff durchzusetzen beginnt.
Dieser Einwand trifft zu auf die der Disziplin Geschichte zugehörigen Bände „Parlamentarismus" und „moderner souveräner Staat". Das macht diese Bände nicht weniger nützlich und brauchbar, ist aber aus dem Grunde bedauernswert, weil dem Studenten das gegenwärtige Dilemma der Geschichtswissenschaft gleichsam nur implizit in den Einführungen begegnet, die Bände, die dieses aber zum Gegenstand haben, noch nicht herausgegeben worden sind. Die geringe theoretische Reflexion der Historiker auf Strukturbegriffe nötigte den Herausgeber des Bandes „Parlamentarismus" dazu, meist politologisch gehaltene Beiträge heranzuziehen. Hier werden Grenzen zwischen Geschichtswissenschaft, Soziologie und politischer Wissenschaft aufgegeben, die dem traditionellen Historiker als heilig gelten.
Der Band zur „Entstehung des modernen souveränen Staates" ist seiner Themenstellung nach von solcherlei Problematik eher frei, wenngleich auch hier politologische Arbeiten vorangestellt sind. Das schon im Titel „Paradigmata Pragmatica" des dritten Teils sich ankündigende Dilemma läßt erkennen, daß zwischen den im engeren Sinne historischen Arbeiten und jenen, die politologische und soziologische Aspekte in ihren Frageansatz mit einbeziehen, eine Differenz an theoretischer Reflexion besteht, die zu überwinden die Geschichtswissenschaft schleunigst beginnen sollte, will sie nicht, einmal in die Kommunikation mit den Sozialwissenschaften gezwungen, ihrer Verbundenheit zu Ranke und Droysen zum Opfer fallen.
Ganz anders stellt sich der obige Einwand dar, bezieht man ihn auf den Band „Pädagogische Psychologie". Eine ausführliche Einführung in das Problemgebiet gibt Aufschluß über die verschiedenen theoretischen Positionen, so daß dem Leser die Problematik methodischer Verfahrensweisen oder empirisch-experimenteller Untersuchungen deutlich zu werden vermag.
Alle drei Bände sind trotz aller Kritik so sorgfältig ediert, mit einem umfangreichen Apparat, Bibliographie und Register versehen, daß sie für das Studium unentbehrlich sein dürften. -mer

Hans Blumenberg: Die Legitimität der Neuzeit. DM 38. Suhrkamp Verlag.

Spätestens seit K. Löwiths „Weltgeschichte und Heilsgeschehen" ist es populär geworden, alle geschichts- und sozialphilosophischen Entwürfe der Neuzeit als säkularisierte Verdrängung christlicher Tradition zu charakterisieren und zu relativieren. Dieser These von der Neuzeit als dem Produkt eines Säkularisierungsprozesses, die aus dem Funktionswandel des Historismus und seiner Ausweglosigkeit resultiert, geht Blumenberg in subtiler Weise nach.
Die Herauslösung der Neuzeit aus ihrer Vorgeschichte entwickelt er präzis, um zeigen zu können, daß die Kategorie der Säkularisierung ein „latent ideologisches Moment" enthält: sie ist eine „theologisch bedingte Unrechtskategorie", denn sie bestreitet der Neuzeit Autonomie, indem sie ihr Verbindlichkeiten zuordnet, die allein theologisch interpretierbar sind. Die „objektive Kulturschuld", die der Neuzeit in diesem Verständnis aufgebürdet ist, wirft das Problem ihrer Legitimität auf. Blumenberg löst es, indem er zeigt, daß sie in der humanen Selbstbehauptung gegenüber dem theologischen Absolutismus des ausgehenden Mittelalters zu suchen ist.
Der Dritte Teil des Buches, überschrieben „Der Prozeß der theoretischen Neugierde", nimmt im Zusammenhang eine zentrale Stelle ein, weil hier aufgewiesen werden kann, wie dieser Prozeß als der von Diskriminierung und Rehabilitierung verlaufen ist. Die dem Buch zugrunde liegende Frage muß nach der Lektüre anders gestellt werden: ob nicht gerade erst durch Entmythologisierung der Kern der Wahrheit im Mythos sich hervorkehrt. -mer

auditorium

50

